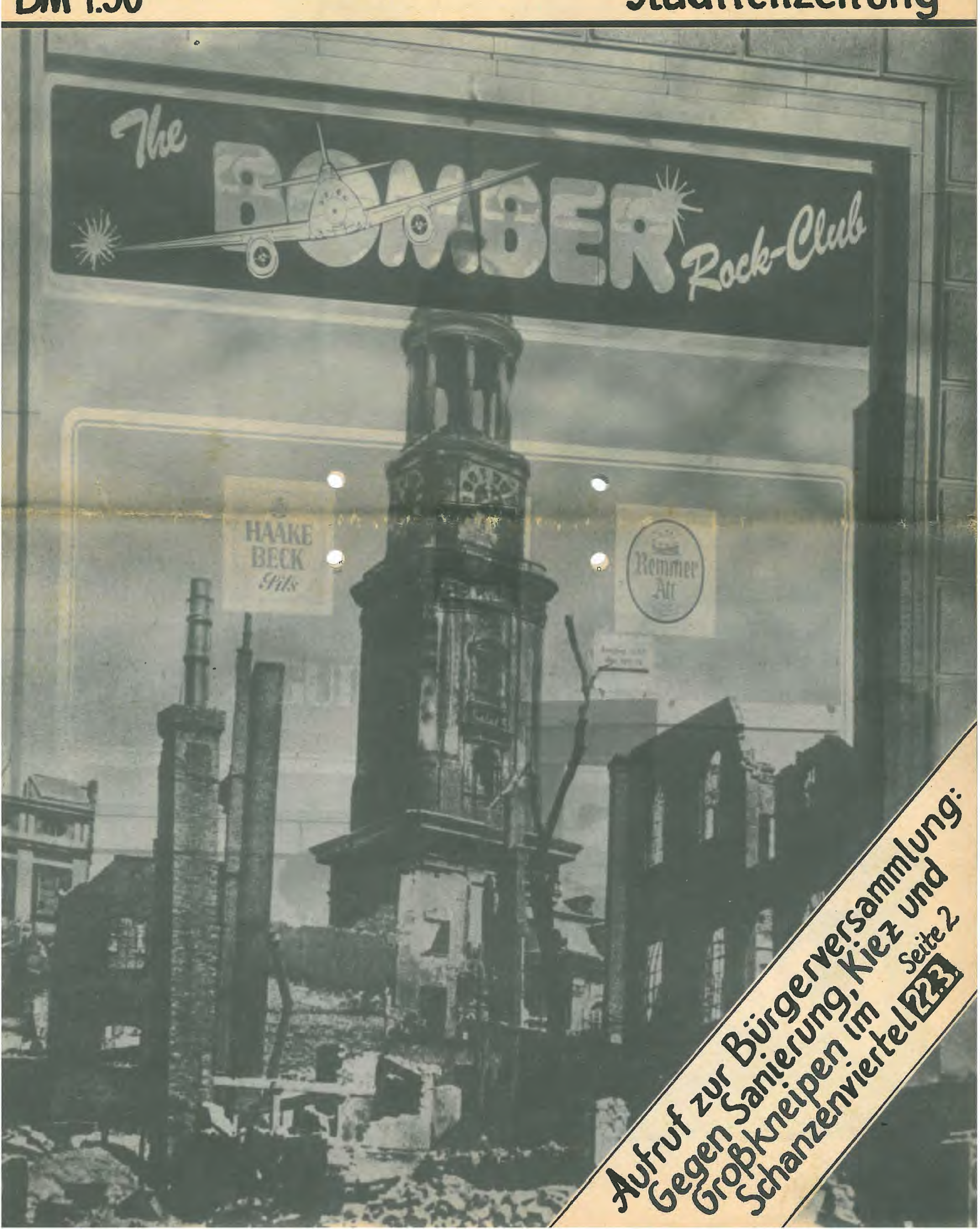
Schanzenleben

März 1982

DM 1.50

Stadtteilzeitung



**Aufruf zur Bürgerversammlung:
Gegen Sanierung, Kiez und
Großkneipen im
Schanzenviertel** Seite 2 2/3

Aufruf

Bürger des Schanzenviertels,

die Meldungen der letzten Tage und Wochen veranlassen uns, alle Bürger des Schanzenviertels zu einer Zusammenkunft einzuladen.
In den letzten Monaten haben immer mehr Kneipen und Discos hier im Viertel eröffnet. Die Zahl der Bordelle steigt ebenfalls ständig. Angekündigt hat sich die Eröffnung einer Peep-Show in der ehemaligen Spielhalle "La Fortune". Der Besitzer der Schilleroper will diese zum Eros-Center umbauen.

Obwohl wie im Falle der Peep-Show, wo sich der Ortsausschuß St. Pauli gegen eine Eröffnung ausgesprochen hat und es mittlerweile eine höchstrichterliche Entscheidung vom Bundesverwaltungsgericht existiert, die Peep-Shows als Verstoß gegen die Menschenwürde wertet, andererseits im Falle der Schilleroper diese laut Sanierungsplan zum Abriß freigegeben werden soll, können wir den zuständigen Politikern kein Vertrauen mehr schenken.

Zum einen wurden wir direkt von der Behörde belogen, als wir nachfragten, ob der Rockbomber am Neuen Pferdemarkt nun eröffnet werden soll, oder nicht. Es wurde uns ausdrücklich gesagt, daß keine Genehmigung erteilt würde. Das Gegenteil war der Fall.
In sämtlichen Anhörungsverfahren zur Sanierung versicherten uns Behördenvertreter lang und breit, daß niemand seine Wohnung zu verlieren braucht und daß unsre Wohnungen keine Spekulationsobjekte werden. Aber: die Mieten für Wohnraum steigen ständig, immer mehr Mieter werden durch die kalte Küche vertrieben (das beste Beispiel ist die Juliusstraße!). Wir meinen: Schluß damit!
Wir müssen uns zusammentun und beraten, wie wir die voranschreitende Verkiezung und die Spekulation mit unseren Wohnungen stoppen können.
Deshalb kommt alle zur Bürgerversammlung am

Montag 22.03.82
19.30 Uhr, Künstlerhaus
Weidenallee 10b

die Redaktion

Termine !

Mi 10.03. Gründungstreffen "Fraueenstadtteilzentrum" 19 Uhr, Lerchenstr.73 bei Nicole

Fr 12.03. Veranstaltung der Friedens-Ini zum "Kennenlernen" 20 Uhr, Margarethenkneipe

Sa 13.03. Info-Stand der Mieter-Ini am Schulterblatt

Mi 17.03. Moorburg-Veranstaltung 20 Uhr, Buntbuch-Verlag Bartelsstr.

Do 18.03. Frauen-Film: "Was denken Sie von mir?" 20 Uhr, Kinderzentrum Bartelsstr.7

Mo 22.03. Bürgerversammlung 19.30 Uhr im Künstlerhaus, Weidenallee 10b

Di 30.03. Veranstaltung der MI Schanzenviertel zur Sanierung 20 Uhr, Gemeindesaal Christuskirche

Suche Baby-Gruppe oder Leute, die mit mir eine gründen wollen oder Tagesmutter - vormittags bis ca.15 Uhr.
Raum Eimsbüttel; meine Tochter ist 14 Monate alt.
Tel.430 02 63, Angela

Verantwortlich i.S.d.P.:
Peter Gercken
Schanzenstr.27
2 Hamburg 6









MIETERINITIATIVE SCHULTERBLATT

Kerngebietsausschußsitzung am 9.2.82 Was kam dabei raus ?



Polizeischutz für "unsere Volksvertreter".

Der Musiksaal der Schule Ludwigstraße war randvoll, als mit nur 5 Minuten Verspätung die öffentliche Sitzung begann.
Es fing an mit zwei "Erfolgsmeldungen":
der Vorsitzende teilte mit, daß die Altentagesstätte in der Marktstr. renoviert wird. Außerdem seien DM 110.000 mehr für Schulrenovierungen bewilligt worden. Diese Gelder sollen Eigenmaßnahmen von Schülern und Eltern unterstützen bzw.fördern.

In der nachfolgenden halbstündigen Sitzung konnten wir wieder einmal erleben, wie sehr unsere Probleme den sog. Volksvertretern am Herzen liegen:
- Nils Bolze erzählte, daß es seit längerer Zeit Auseinandersetzungen mit der Behörde und den Rockbomber-Leuten gegeben hätte.
Die Baubehörde hat ziemlich strenge Auflagen erteilt (Lärmschutz, Parkplätze), die die Betreiber aber erfüllt haben. Sie haben mit Plaza einen Nutzungsvertrag bezüglich der Parkplätze, aber welcher Disco-Besucher parkt da schon....
Ansonsten hieß es, daß der geltende B-Plan eine Disco zulasse. Wenn das Gebiet Sanierungsgebiet wird, können weitere Auflagen gemacht werden. Auf dieses Risiko seien die Betreiber hingewiesen worden.
Aber wir sollen uns nicht aufregen, mit der Zeit werden wir uns schon an den Lärm gewöhnen...

- zum Eros-Center in der Schiller-Oper:
der Besitzer der Schilleroper,Ehrhard, hat einen Vertrag mit Blohm & Voss, an deren ausländische Arbeitnehmer vermietet er Wohnraum. Eine Nutzungsänderung - also Umfunktionierung zum Eros-Center ist laut Behörde unmöglich.
Der B-Plan sieht vor, daß die Schilleroper abgerissen wird. Darin sind sich beide Fraktionen einig. Es gibt noch den Vorschlag, dort einen Marktplatz einzurichten. Eventuell kann das Gebäude als Überdachung dienen.
- die Peep-Show am Schulterblatt ist abgelehnt worden. Angeblich können die Betreiber auch mit Widerspruch vor Gericht nichts erreichen.
- Schlachthof:
um den Schlachthof auszulagern, wären riesige Investitionen nötig. Der Schlachthof hat nur noch Verteilerfunktion, d.h.es werden nur noch bereits geschlachtete Tiere angeliefert und verarbeitet. Langfristig soll der Schlachthof verkleinert werden.
Wir wiesen noch mal auf die Gestank-Belästigung durch Plenora hin, worauf sich ein Herr Sanders von der CDU nicht entblödete, um unser Mitleid zu betteln: in Blankenese sei der Gestank noch viel schlimmer! Daß die Bürger so gar kein Verständnis für ihn aufzubringen vermochten, schien ihn arg zu beleidigen...



- Juliusstr.17-21:
ein behördentypisches Desinteresse war nicht zu übersehen. Die Baubehörde rechnet damit, daß die OPTIMA nach Abriß der Häuser dort Eigentumswohnungen bauen will. Natürlich wären ihnen Sozialwohnungen lieber, aber was könnten sie dagegen tun...
zu den konkreten Forderungen der MI, die in einem offenen Brief an alle Mitglieder des Ausschusses gegangen waren, wurde nichts gesagt. CDU-Sanders murmelte, daß alle Mieter Ersatzwohnungen hätten und doch über einen Neubau heilfroh seien.
Im Klartext: "Der gegenwärtige Zustand ist unveränderbar".
Eben das finden wir nicht.

War bis zu diesem Zeitpunkt schon eine gereizte Stimmung unter den Leuten entstanden, wartete der Ausschuß nun auch noch mit leichten Ausfällen auf: ein Mensch aus der Arbeitsgemeinschaft Karolinen-Viertel hatte sich erdreistet, nach der Nutzung des Vorwerk-Stiftes zu fragen, das der Messe-Erweiterung zum Opfer fallen soll. Der Vorsitzende antwortete mit ein paar dummen Sprüchen a la "die Frage stellen Sie wohl auf jeder Sitzung".
Damit war die Fragestunde dann auch vorbei. Für den nicht erschienenen Michelis sprang Herr Selle vom Amt für Stadterneuerung ein: er sollte die Ergebnisse der GEWOS-Fragebogenaktion kurz darstellen. Er war in keiner Weise vorbereitet,



nannte ausschließlich negative Zahlen und brachte es nicht einmal fertig, die Grenzen des Untersuchungsgebietes zu benennen. Um ihn aus seiner mißlichen Lage zu befreien, brachte die MI das Modell vom Untersuchungsgebiet unter Beifall zum Podium, sodaß der arme Herr Selle wenigstens die Straßennamen ablesen konnte.

Fazit: Diese Sitzung hat einmal mehr dazu beigetragen, uns klarzumachen, wer unsere Interessen ganz bestimmt nicht vertritt. Wie üblich haben die anwesenden Volksvertreter mit gewohnter Rhetorik und bekannten Sachzwängen ihre Bürgernähe demonstriert.
Die ganze Sitzung war eine Farce, die Antworten waren vorprogrammiert und inhaltlich ist so gut wie nichts rausgekommen. Ein weiterer Beweis dafür, daß wir unsere Interessen eben selber vertreten und durchsetzen müssen...

MI Schulterblatt

DIE MIETERINITIATIVE - EIN VERLÄNGERTER ARM DER GEWOS ?!

Im letzten Schanzenleben, Februar 82, haben Gunni und Werner in ihrem Artikel "Was ist die Gewos?" die Struktur und Funktion dieser Gesellschaft und deren personelle und politische Verpflechtungen beschrieben. Richtig kreativ werden die beiden jedoch erst, als sie im letzten Teil, der Mieterinitiative kräftig die Köpfe waschen.

Euer Urteil über die Arbeit der Mieterinitiative steht fest:" Wir halten es für besser, ganz konsequent jedes Eingreifen von Gewos oder Baubehörde hier im Stadtteil zu sabotieren", und dann liefert ihr eine hieb- und stichfeste Begründung,"damit der Stadtteilkampf kein Modernisierungsbeitrag wird". Von derartigem intellektuellem Höhenflug beschämt und eingeschüchtert bitten wir euch um den gnädigen Rat: Wie sollen wir sabotieren?

Es ist richtig erfrischend zu lesen, daß die Gewos "einen fachlichen Beratungsdienst für Mieter-Inis..., die sich über die Meinung und Bedürfnisse der Anwohner ihres Viertels nicht so ganz im klaren sind," anbieten solle. Die Mieterinitiative muß bedauernswerterweise zugeben, diese Forderung nicht selbst erhoben zu haben.

Unsere Ignoranz und Borniertheit wird uns durch euren Artikel erst richtig Bewußt gemacht, und es ist uns extra peinlich, daß wir erst durch euren Artikel darauf gekommen sind, daß ihr es seid, die selbst ziemlich genau wissen, was hier im Viertel anliegt, daß wir durch diese Fragebogenaktion "schon jetzt einer gewissen Taktik dieses auf uns angesetzten Riesenapparates aufgesessen" sind, daß wir als Mieterinitiative von diesem technischen Apparat Gewos so fasziniert sind", und daß "sich die Mieterinitiative eine kontrollierende Funktion gegenüber der Gewos erhofft".

Diese Antwort soll euch zeigen, daß wir lernwillig sind und eure Kritik nicht in der Steinwüste verhallt ist, sondern auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Gestattet uns zum Schluß noch eine bescheidene Frage:
Warum habt ihr uns so lange Zeit auf dem falschen Pfad allein gelassen, ohne eure Stimme mahnend zu erheben?

Herwig aus der MI Schulterblatt

„Zusammenarbeit" der Mieterinitiative mit der Gewos.

Die "Kontakte" mit Vertretern der Gewos - eine Tochtergesellschaft der Neuen Heimat, die Planungen u nd Untersuchungen für die Behörden durchführt -, die wir mit "kritischer Distanz " betrachten, ist relativ positiv verlaufen.
Die Gewos Vertreter haben uns die Informationen, die sie hatten zur Verfügung gestellt und jeweils Gespräche geführt über Ergebnisse von Untersuchungen und Befragungen. Die Gewos hat die von uns gemachten Änderungsvorschläge, den Fragebogen betreffend, akzeptiert. Die Änderungsvorschläge von uns waren recht umfassend. Der wichtigste Punkt war, daß wir eine Richtigstellung bzw. klare Unterscheidung zwischen Instandsetzung und Modernisierung forderten. Der Unterschied ist vielen Mietern nicht klar! Gewiß ist dies kein großartiger Erfolg, daß Gewos und Baubehörde unsere Änderungsvorschläge aufgenommen haben, zeigt sich doch hieran im Zweifelsfall nur, daß der Fragebogen in seiner Wirkung selbst gering eingeschätzt wird. Andererseits haben wir durch den Fragebogen Informationen erhalten, die wir vorher nicht hatten, obwohl wir z.T. schon jahrelang in diesem Stadtteil wohnen.

Die Forderung, jegliche "zusammenarbeit" mit der Gewos zu sabotieren, halten wir für falsch. Wir können uns nicht leisten, die Arbeit der Gewos und der Baubehörde zu ignorieren : sie erstellen Bebauungspläne und wir würden ihnen die Durchsetzung ihrer Vorstellungen nur erleichtern, wenn wir uns nicht um ihre Pläne kümmern oder das sog. Mitspracherecht nicht voll ausnutzen würden. Damit maßen wir uns keine Kontrollfunktion an.

Uns ist völlig klar, daß die GEWOS in bestimmte Strukturen eingebettet ist und daß sie keine mieterfreundliche Institution darstellt. Wenn wir uns positiv über Kontakte zu einigen ihrer Mitarbeiter äussern, macht sich das nicht zuletzt auch an den bestimmten Leuten fest. Das ist keine Sympathie-Ausnahme,

weil uns die GEWOS mit dieser Taktik schon auf's Kreuz gelegt hat. Eine echte oder gleichberechtigte Zusammenarbeit findet nicht statt.
Die Leute von der GEWOS sind nicht informiert über die Arbeit der MI oder über Strukturen innerhalb der Gruppe. Eine Einflußnahme der GEWOS auf unsere Arbeit ist -genau so wie die Instrumentalisierung der MI für die GEWOS - schlicht und ergreifend nicht vorhanden.

MI Schulterblatt

Brief der MI Schanzenviertel

An den
Koordinationsausschuß
z.H.Herrn Bahnweg
Bezirksamt
Grindelberg
2 Hamburg 13

Fast ein Jahr hat sich die Behörde Zeit gelassen, bis nun endlich mit der Instandsetzung der Amandastr.73 begonnen worden ist. Wir, die MI Schanzenviertel, die wir entscheidend dafür gekämpft haben, daß dieses Haus nicht abgerissen sondern erhalten wird, kämpfen nun dafür, daß hier tatsächlich Mieter unseres Viertels schnellstmöglich einziehen können. Dabei denken wir besonders an

- die Mieter unseres Viertels, die aus ihren Wohnungen ausziehen müssen, weil sie saniert werden und die deshalb vorübergehend eine Wohnung suchen;
- wir denken an die Mieter, die, obwohl sie im Schanzenviertel wohnen bleiben wollten, aus unserem Viertel durch die Abrißpolitik der Behörde vertrieben wurden
- und wir denken an die Mieter, die aufgrund ihrer besonderen sozialen und familiären Situation dringend auf eine neue Wohnung angewiesen sind. Dies sind insbesondere alleinstehende Frauen mit Kindern. In diesem Zusammenhang sei auf die Anhörung im Hamburg-Haus vom 11.01.82 zum Thema 'Gewalt gegen Frauen' hingewiesen. Dort wurde von allen Experten, insbesondere dem Leiter des Wohnungsamtes, festgestellt, daß geschlagenen Frauen mit Kindern nur sehr schlecht eine neue Wohnung vermittelt werden kann.

Aus all diesen Gründen fordern wir:
Das Haus Amandastr.73 hat neun Wohnungen

- fünf Wohnungen müssen für sanierungsbetroffene Bewohner des Schanzenviertels bereitgestellt werden
- vier Wohnungen sind an alleinstehende Frauen mit Kindern zu vergeben.

Diese Forderungen werden unterstützt von:

Freies Kinder-und Stadtteilzentrum e.V.
Haus für Alle-Jugendarbeit
Kinderwohnhaus Sternschanze
Frauenstadtteilgruppe
Schwuler Buchladen "Männerschwarm"
Kinderglück e.V.
Alternative Liste Eimsbüttel
Kulturverein Schanzenviertel e.V.
Kinderladen Omnibus e.V.
Mieter-Initiative Schulterblatt
Anti-AKW-BI Schanzenviertel
Die Druckerei
BIFF
Grüne
DKP Eimsbüttel

Mieter-Initiative
Schanzenviertel

Sanierungs-Krimi

Schon als wir vor drei Jahren in die Margarethenstr.zogen, war die Rede davon, daß unsere Wohnung in nächster Zeit modernisiert werden sollte.
Nun - im Januar 82 - nach zahlreichen Verzögerungen und Unklarheiten war es endlich soweit.
Obwohl erst die ;. Etappe der Modernisierung (Räumung der Wohnung, Umzug in eine Ersatzwohnung) hinter uns liegt, möchten wir schon mal einen kleinen Erfahrungsbericht abgeben.

Theorie: Wenn der Mieter wegen Modernisierungsarbeiten seine alte Wohnung vorübergehend verlassen muß, erhält er für diese Zeit eine Ersatzunterkunft zugewiesen. Hinterher kann er dann in die frisch renovierte Wohnung zurückziehen. Um die durch die beiden Umzüge entstehenden Kosten zu decken, erhält der Mieter Gelder aus dem Sozialplan. Die Höhe der Summe richtet sich nach der Wohnungsgröße. Für Einbauten, die der Mieter in seiner Wohnung vorgenommen hat, erhält der Mieter eine dem derzeitigen Wert entsprechende Entschädigung. So steht es im Städtebauförderungsgesetz, das für die Sanierung unseres Hauses Anwendung findet.

In der Praxis sah dann alles ganz anders aus!

z.B. Ersatzwohnraum: erst sollte es überhaupt keinen geben. Nach einigen Mühen gelingt es dann der Sanierungsbeauftragten, einige Ersatzwohnungen zu beschaffen. Hatten wir bisher zwar auch nicht gerade luxuriös gewohnt (Kohleheizung/kein Bad), und hatten wir auch nicht erwartet, in eine Luxusvilla einquartiert zu werden, so ist die Ersatzwohnung doch sehr spartanisch eingerichtet. Es gibt weder ein Waschbecken und nur zwei Kochplatten. Das Schlimmste: einer der beiden Räume ist nicht beheizbar! Erst ein Gespräch mit der Sanierungsbeauftragten und ein Hang zum Koordinationsausschuß bewirkten, daß wir für die schlechtere Ersatzwohnung nicht auch noch die gleiche Miete wie bisher zahlen mußten.
Das "Heizungsproblem" löste der Architekt, indem er uns freudestrahlend mitteilte, daß er einen Heizlüfter gemietet hätte. Ein schlechter Witz angesichts der Tatsache, daß das Tnermometer Anfang Januar bis auf -25° fiel. Nach einigen Tagen und ca.20 Telefonaten leiht uns der Gebietsbetreuer netterweise einen Radiator, den er bei sich im Keller stehen hatte.
Als wir in die Ersatzeohnung einziehen wollten, stellen wir fest, daß der Strom nicht geht - also müssen wir uns um den Handwerker von der HEW bemühen. Aber nicht nur das. Die einzige Steckdose in einem der beiden Zimmer,"die" für den Heizlüfter, ist durchgeschmort. Wieder mal ein Gang zur Sanierungsbeauftragten - ein SAGA-Handwerker muß bestellt werden. Diese verschiedenen Zuständigkeiten sind schon zum Zuständе kriegen. Zudem fehlt immer noch ein Schlüsselbund für die Wohnung, dem wir auch erst noch einige Tage hinterher jagen müssen.

Aber auch im Vorfeld der eigentlichen Modernisierung muß man schon mit einigem rechnen. Lärm und Schmutz und Gerümpel im Hof sind nervig, aber nicht zu vermeiden.

Doch folgende "Panne" hätte wirklich nicht passieren dürfen: nachdem die neuen Heizungen nicht mehr rechtzeitig zu diesem Winter eingebaut werden konnten,, mußten wir weiter mit Kohle heizen. Als dann Anfang Dezember die Dacharbeiten während einiger Regentage begannen, sodaß es auch noch durchleckte, wurden dabei mal so eben 2 Schornsteine mit abgerissen. Die Mieter wurden nicht informiert! Nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn Leute geheizt und ins Zimmer strömende Abgase im Schlaf eingeatmet hätten...

Der Umzug: neben diesen ganzen Vorkommnissen war da natürlich noch der Umzug zu bewältigen. Die Möbel, die wir für die Übergangszeit nicht brauchen wollten, sollten auf den eigens dafür hergerichteten Boden gestellt werden. Doch wegen der Dacharbeiten war der Boden Anfang Januar immer noch nicht zu benutzen. Der Schnee lag dort inzwischen so hoch, daß wir Ski laufen lernten. Also wies man uns Kellerräume zu.
Zwei Tage nach dem Umzug, der Muskelkater war gerade abgeklungen, sehen wir noch mal in unserem alten Haus nach. Der Architekt und drei Handwerker stehen vor unserem Keller und erklären, daß sie in diesem Raum an ein Siel und einige Leitungen heran müssen. Also muß der Keller wahrscheinlich wieder ausgeräumt werden.

Wir sind kurz vor dem Verrücktwerden!

Ganz ohne Pamnen wird so eine Modernisierung wohl nie abgehen. Aber bestimmte Sachen hätten doch nicht passieren dürfen, denn dieses ist weder das erste noch das letzte Modernisierungsverfahren nach dem Städtebauförderungsgesetz im Schanzenviertel.
Aus den vorangegangenen Sanierungsprozessen hätten die Verantwortlichen doch ersehen müssen,

- daß die Frage des Ersatzwohnraumes vor Beginn der Bauarbeiten geklärt werden muß. Es sit doch ein leichtes für die SAGA, ein paar von ihren 1500 leerstehenden Wohnungen bereitzustellen.
- Als Betroffener muß man sich um jeden Kleinkram, sei es nur das fehlende Schlüsselbund, die kaputte Steckdose oder sonst was kümmern,und das alles mitten im Umzug. Die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bereiche sind nicht klar genug festgelegt. Als Betroffener wird man mit seinen Beschwerden zwischen Architekt, Sanierungsbeauftragter, Gebietsverantwortlichem etc. hin und her ge' schickt.
- Der verantwortliche Architekt scheint, wenn die Termine mit den Handwerkern und Baufirmen drängen, oft nach dem Motto zu handeln: "Nach mir die Sintflut". Da wird eben mitten im Dezember mal ein Schornstein abgerissen, ohne die Mieter zu informieren. Eigentlich müssen die ja noch heizen und könnten was dagegen haben.

Wir als Studenten sind ja noch ziemlich frei in unserer Zeiteinteilung. So haben wir auch mal tagsüber Zeit, uns um den ganzen Kram zu kümmern. Wie ältere Leute, Familien mit Kindern und Leute, die ihren regelmässigen Acht-Stunden-Tag haben, diese Strapazen überstehen sollen, ist uns ein Rätsel.
In einer der nächsten Ausgaben berichten wir, wie es uns weiter ergangen ist.



Lage und Aufgaben im Schanzenviertel

Viele von euch haben sicher die grobe Auswertung der G e w o s - Umfrage im Sanierungsgebiet Schulterblatt im letzten Schanzenleben gelesen.

Die Ergebnisse besagen im Wesentlichen, daß viele sehr gern hier wohnen und vor allem noch eine Menge Wünsche offen sind, die es umzusetzen gilt. Obwohl mir aus dem Eimsbüttler Teil keine derartigen Umfrageergebnisse vorliegen, möchte ich erstmal davon ausgehen, daß sie in etwa identisch sind. Viele fühlen sich also als "Schanzenviertler" und möchten ihr Viertel gerne so erhalten wie es ist, oder noch verbessern.

Schrittweise Belebung des Viertels in den letzten Jahren

Der vergleichsweise billige Wohnraum und die noch einigermaßen intakte Infrastruktur des Viertels, hat in den letzten Jahren dazu geführt, daß zunehmend junge Leute und ausländische Bürger zu uns ins Viertel gezogen sind. Gleichzeitig veränderte sich das Umfeld. Neue Kneipen und Restaurants wurden eröffnet.

Fachgeschäfte, die bisher für den täglichen Bedarf der Bevölkerung sorgten, verschwanden. Diese Entwicklung zeigte aber im Großen und Ganzen noch keine negativen Folgen; teilweise trug sie sogar zu einer Belebung des Viertels bei. Viele junge Leute wurden ins Viertel gezogen, die hier ihre Freizeit verbrachten und sich wohlfühlten.

Veränderung zum Negativen tritt ein

In den Jahren 1979-80 wurde die Sanierung des Schanzenviertels spruchreif. Im Bereich Weidenallee lief die Sanierung auf Hochtouren, für's Schulterblatt wurden die Vorbereitungen getroffen.

In diesem Zusammenhang witterten auch andere Kreise ihr Geschäft. Alles fing mit dem Bau und der Eröffnung der Schickeria-Disko 'Trinity' in der Eimsbüttler Chaussee an. Trotz heftigen Protests der umliegenden Bewohner wurde sie eröffnet. Schon einige Monate später wurden mit großem Tamtam das 'Pickenpack' und das 'Galeriecafe' eröffnet. Anfang Februar dieses Jahres machte zudem noch die (zumindestens von außen) militaristisch aufgemachte Disko 'Rock-Bomber' auf.

Daß das 'Galeriecafe' im Herbst letzten Jahres pleite machte, zeigt die Anfangsschwierigkeiten des 'Kneipenkapitals', die richtige Form zu finden, den Massentourismus anzulocken. Für die nächste Zeit haben sich noch weitere Überraschungen angekündigt. Wie wir bereits berichteten, erwartet uns die Eröffnung einer Peep-Show in der ehemaligen Spielhalle 'La Fortune' am Schulterblatt. Der Besitzer der Schilleroper ist jetzt dabei, sie zu einem Eros-Center auszubauen.

Obwohl bei beiden behördliche Entscheidungen entgegenstehen, im Falle der Peep-Show sogar ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, ist es in jedem Fall eine Frage des Kräfteverhältnisses, ob diese beiden Etablissements eröffnet werden können. Denn, wie wir im Falle des 'Rock-Bombers' erfahren haben, sind Aussagen von Seiten der staatlichen Stellen nur mit äußerster Vorsicht zu genießen, vor allem Aussagen, die Entscheidungen zu unseren Gunsten sind und die offensichtlich Profitintressen entgegenstehen.

Der Zusammenhang zwischen Sanierung und 'Verkiezung'

Wie wir gesehen haben, interessiert sich nicht nur das Kneipenkapital für unser Viertel. Andere Kapitalgeber, die wohl eher auf dem Kiez anzusiedeln sind, haben sich ihnen angeschlossen.

Warum sich dieser 'Gemischtwarenladen' der Vergnügungsindustrie gerade besonders für unser Viertel interessiert, soll im Folgenden behandelt werden. Mehrere Faktoren spielen dabei eine Rolle. Zum einen die Negativ-Erfahrungen des Kneipenkapitals am Großneumarkt. In diesem Viertel, welches ebenfalls Sanierungsgebiet ist, haben sich am Beginn der Sanierung eine Unzahl von Kneipen angesiedelt. In fast jedem zweiten Haus um den Großneumarkt herum befand sich so ein Laden. Jetzt, nachdem der Reiz des Neuen für die Kneipentouristen aus dem Hamburger Umland und den Vororten verlorengegangen ist, spielt sich dort nicht mehr viel ab. Eine Struktur, die nur auf Kneipen aufgebaut ist, und nicht auf der Mischform von Spielhöllen, Diskos, Peep-Shows, Prostitution und Drogenhandel (wie auf St.Pauli und in St.Georg), muß sich als nur begrenzt lebensfähig erweisen.

Der zweite Punkt ist die unmittelbare Kieznähe. Die neue Uferrandstraße an der Elbe wie auch die Umgestaltung des Fischmarktes schrauben die Investitionsmöglichkeiten des Kiezkapitals weitestgehend zurück.

In den letzten Jahren haben auf dem Kiez im wesentlichen Umverteilungskämpfe stattgefunden, die wohl weitestgehend abgeschlossen sind. Also müssen neue Investitionsmöglichkeiten erschlossen werden.

Nachdem von Seiten des Kiezes schon einige Puffs bei uns im Viertel eröffnet wurden, diese aber mehr im Geheimen, soll jetzt die nötige Infrastruktur für dieses profitable Geschäft aufgebaut werden.

Als dritter Grund kann angegeben werden die Ausschreibung des Schanzenvertels zum Sanierungsgebiet, die Messeerweiterung, und vor allem der für 1990 geplante Bau der Supersporthalle an der Lagerstraße. Gerade Messeausbau und Sporthalle lassen gigantische Menschenmassen erwarten, die sich an mehreren Tagen und vor allem Abenden durchs Schanzenviertel wälzen werden. An diesen Menschen will das Kneipen- und Kiezkapital profitieren. Dem zukunftsorientierten Kneipen- und Kiezkapitalisten kommen dabei seine guten Verbindungen zu Hamburgs Behörden zugute. Wie sollte es denn sonst sein, daß sich die Kneipenszene gerade in den Vierteln zu etablieren versucht, wo die Sanierung vom Vorschlag in die konkrete Planung übergeht. Mit diesem Wissen haben sie die Chance, sich billig bei uns einzukaufen, da die Pacht- bzw. Kaufpreise noch vergleichsweise billig sind.

Nach erfolgter Sanierung lassen sich die Kneipen und anderen Etablissements allemal profitabel weiterverkaufen.

Nicht täuschen lassen sollte mensch sich von der Pleite des 'Galeriecafes' und den aktuellen Problemen des 'Pickenpacks'.

Aller Anfang ist schwer.

Zum einen deshalb, weil der zur Verfügung stehende Raum noch relativ begrenzt ist, was sich mit abnehmender Wohnbevölkerung ändern wird. Immer mehr Läden, die für die Versorgung der Bevölkerung notwendig sind, werden gezwungen aufzugeben. Inwieweit sie durch hohe Geldsummen dazu veranlaßt werden, muß noch genauer untersucht werden.

Zum anderen bildet die Staatsbürokratie noch ein Hemmnis. Die staatlichen Behörden haben eigentlich nichts gegen Spielhallen, Puffs etc., sie haben aber eine Menge gegen unkontrollierte Entwicklungen, wie z.B. in St.Georg. Dieser Stadtteil ist infolge der unkontrollierten Ausbreitung der Kiezszene nur noch begrenzt bewohnbar, und vorzeigen kann man in diesem Stadtteil nur noch bestimmte Ecken.

Es ist meiner Meinung nach nicht so, daß Vergnügungsindustrie und Behörden sich grundsätzlich spinnefeind sind. Widersprüche treten, wie gesagt, in der Hauptsache am Punkt der Planung der Behörden auf, wenn sich die Vergnügungsindustrie nicht unterordnet. In diesem Zusammenhang ist die Sanierung gradezu Wegbereiter für die weitere Verkiezung unseres Viertels, da sie die für die Entwicklung der Kneipenszene wichtige Infrastruktur schafft, vor allem im Bereich Parkplätze und ähnliches.

Worüber wir uns in Zukunft verstärkt Gedanken machen müssen ist, wie wir diese Entwicklung stoppen können. Es muß dabei vor allem darum gehen, für uns soziale Strukturen zu erhalten, und an verschiedenen Punkten neue zu entwickeln und aufzubauen. D.h., daß wir die Entwicklung eh nur stoppen können, wenn die verschiedenen Bevölkerungskreise, die hier wohnen, endlich mal zusammenarbeiten. Das betrifft vor allem Ausländer, Jugendliche, linke Szene sowie diejenigen Mitbürger, die hier schon seit Ewigkeiten wohnen.

Einer der ersten Schritte sollte die jetzt stattfindende Bürgerversammlung ein. Diese sollte zum einen dafür genutzt werden, einen genauen Informationsstand zu geben, zum anderen sollten konkrete Schritte gegen das 'Pickenpack' und den 'Rockbomber' entwickelt werden, die als Ziel deren schnellstmögliche Schließung im Auge haben. Perspektivisch muß sich auf jeden Fall darüber auseinandergesetzt werden, was wir eigentlich mit unserem Stadtteil in Zukunft wollen. Dazu sollte hier ein Anfang gemacht werden.

Universität Hamburg

Arbeitsgruppe «Wohnen im Stadtteil Schulterblatt»

Die Sternschanze

Der Park mit Wasserturm, der heute gute Sport- und Spielmöglichkeiten enthält, zum Spazierengehen und im Sommer auch zum Sonnenbaden einlädt, hat eine lange und bewegte Geschichte.

Vor 335 (1647) Jahren wurde dieser Hügel für die noch nicht über die Wallanlagen hinausgewachsene Stadt Hamburg wichtig für Verteidigungszwecke gegen das feindlich gesonnene Dänemark. Vom Kloster Harvestehude übernimmt Hamburg 1647 den 1200 m vom Hauptwall entfernten Heydberg von Heymechhude gegen eine jährliche Getreidezahlung. Die politische Situation mit Dänemark, das sich schon seit Jahrhunderten mit anderen Fürsten um den Besitz Hamburgs streitet, spitzt sich immer mehr zu und so baut die Stadt 1682 innerhalb von 2 Monaten als Verteidigungsvorposten eine sternförmige Befestigungsanlage. Jede Seite ist 70 m lang, die Schanze ist mit 16 Geschützen bestückt und mit der Stadt durch einen Laufgraben für Kuriere und Nachschub verbunden.

Schon vier Jahre später greift der dänische König Christian V mit 2190 Reitern, 13.796 Infanteristen und zahlreicher Artillerie die Sternschanze an. Allzuleicht hat sich der dänische König die Eroberung der relativ flachen Schanze vorgestellt, als er sagte, daß sie "mit einem Stecken in der Hand wohl eingenommen werden könnte, es bedürfe nicht viel Wesens dazu."

Hamburg hatte nicht versäumt, seine Verbündeten um Hilfe zu bitten. Neben 300 Hamburger Soldaten verteidigten 60 schwedische Offiziere (offiziel als Berater) die Sternschanze. Auch der Herzog von Lüneburg-Celle entlieh 1.200 Infanteristen.

Vom 20. bis 26. August 1686 dauern die Kämpfe und enden mit einer Waffenstillstandsvereinbarung. Die Schanze ist nicht erobert worden, aber 1000 Soldaten sind gefallen und die umliegenden Bauernhöfe, der Rosenhof und der Grindelhof z.B., sind alle abgebrannt.

In den folgenden Jahren wird die Befestigungsanlage, die im Volksmund jetzt Rabenschanze heißt, zwar in Ordnung gehalten und mit neuen Waffen bestückt, aber nur noch als Übungsgelände benutzt. 1768 einigt sich Hamburg endgültig mit Dänemark. Bevor Napoleon 1810 die Stadt besetzt, zeigen sich Rat und Bürgerschaft von ihrer pazifistischen Seite und lassen die gegen die neue Militärtechnik sowieso machtlosen Mauern abtragen. Die Geschütze werden eingeschmolzen und bringen 280.000 Pfund Metall. 860 Arbeiter, durch die Wirtschaftskrise ohne Job und ohne staatliche Sozialhilfe, haben für fünf Monate was zu tun.

Napoleon jedoch weiß es besser: 1813 läßt er die Befestigungsanlage wieder herstellen. Der Rosenhof, der Schulterblatt mit 26 Häusern, der Schäferkamp und das Dorf Eimsbüttel werden "der Übersicht wegen" in Schutt und Asche gelegt.

Versammelten sich 1803 viele Zuschauer auf dem Hügel, um Professor Robertson mit seinem Ballon zum Himmel fliegen zu sehen, so kamen sie in den folgenden Jahren dort zusammen, um mit dem Bürgermilitär nach deren halbtägigen Manövern ein Volksfest zu feiern. 1848 findet die erste politische Veranstaltung dort statt. An einem Sonntag "des tollen Jahres" folgen 10.000 Menschen einem Aufruf der demokratischen Partei.

Vor über hundert Jahren wird 1864 ein Reservoir für die Wasserkunst (Wasserwerke) errichtet, der heutige Wasserturm. Im gleichen Jahr beginnen die Bauarbeiten für die Verbindungsbahn zwischen dem Altonaer und dem Berliner Bahnhof. Durch die neue Eisenbahnlinie, die später auch für die S-Bahn genutzt wird, steigen nicht nur die Bodenpreise. Die Sternschanzenanlage, früher viel größer als der heutige Park, wird auch zerschnitten. Im südlichen Teil entsteht der Viehhof und die Niederlassung des Zollvereins. Gegen Ende des letzten Jahrhunderts, als die Bebauung des umliegenden Geländes fast abgeschlossen ist, wird der neue Sternschanzenbahnhof bebaut, der den in Richtung Dammtor gelegenen alten und kleineren Bahnhof ablöst.

Im nördlichen Teil wird der Sternschanzenpark angelegt. Ein Aussichtsturm wird erwogen, aber nicht aufgestellt. Der Park war häufig gefährdet zum dekorativen Blumengarten umgestaltet zu werden und dadurch seinen Freizeitwert für die Anwohner zu verlieren. Diese Gefahr besteht nach wie vor.

Kontakt:
telefonisch: Eberhard Hauser 44 71 70
brieflich : Harald Witt, Universität Hamburg, Psychologisches Institut I, Von Melle Park 11, 2 Hamburg 13

Wenn Regierung und Bundestag in immer schnellerer Folge soziale Verschlechterungen und Einsparungen gegen die Bevölkerung beschließen, dann geschieht das heute immer noch mit entsprechendem "sozialen" Getöse oder gar - neuerdings - mit beachtlichen theatralischen Einlagen wie der kürzlichen Vertrauensfrage des Kanzlers. Das ändert zwar nichts für die Bevölkerung, es zeigt aber, wie ernst es der Regierung mit dem Abbau des sozialen Netzes ist.

Der S t r e i t unter den Parteien geht dabei nur noch darum, wer in der Erfindung immer neuer "Sozialopfer" am einfallsreichsten ist. W e r allein ständig zur Ader gelassen wird, ist kein Streitpunkt - das wurde zuletzt erneut am sog. Beschäftigungsprogramm demonstriert.
Angesichts von fast zwei Millionen Arbeitslosen beschloß die Regierung ein Programm, das es wahrlich in sich hat:

- die Kapitalisten erhalten eine als 10-prozentige Investitionszulage bezeichnete Geldschenkung in Gesamthöhe von 4 Milliarden DM; fast weitere 4 Milliarden DM fließen der Industrie als öffentliche Aufträge zu, ohne daß allerdings dadurch neue Arbeitsplätze erwartet würden;
- finanziert wird diese "Zulage" durch eine Mehrwertsteuererhöhung, also von der Bevölkerung, die 1983 3,2 Mrd. und 1984 8 Mrd.DM einbringt;
- zur Kasse gebeten werden noch zusätzlich alle Rentner, die ab 1983 einen Krankenversicherungsbeitrag in Höhe von 5,9% zahlen müssen und dafür zunächst einen Zuschuß in gleicher Höhe erhalten. Aber, kleiner Trick am Rande: dieser Zuschuß wird jährlich um ein Prozent abgebaut, so daß ab 1989 mindestens volle 6% gezahlt werden müssen.
- den Klopfer hat sich die Regierung mit der Liberalisierung des Mietrechts geleistet, die nach den ersten groben Schätzungen auf einen Schlag runde 14 Milliarden DM in die Taschen der Hausbesitzer-Mafia schaufelt (siehe Kasten).

Der Witz an der ganzen Sache ist, daß schon heute, bevor überhaupt dieses Programm in Kraft getreten ist, niemand im Ernst daran glaubt, daß jetzt in nennenswertem Umfange Arbeitsplätze entstehen würden.



„Der nächste Finanzierungsvorschlag, bitte!" (Haitzinger/tz München)

Bundesbauminister Haack über die Ziele des Beschäftigungsprogramms

„Da wird jetzt viel nur abkassiert."

Die Kapitalisten haben schon klargemacht, daß sie die Gelder zwar dankbar in Anspruch nehmen werden, aber gar nicht daran denken, Arbeitsplätze zu schaffen. Die Nutzung der Gelder ist nämlich nicht an die Bedingung gebunden, auch nur einen zusätzlichen Arbeitsplatz zu errichten.
So werden die Gelder ausgegeben für längst fällige Modernisierungen in den Betrieben, d.h. eben für solche Investitionen "mit denen die Unternehmen dem Druck der hohen Löhne und hohen Energiekosten auszuweichen versuchen, n i c h t aber für solche, mit denen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden." Das schreibt ein Unternehmer-Wirtschafts-Institut (nach Frankfurter Rundschau,20.02.82).

Im Klartext heißt das nichts anderes, als daß Rationalisierungsinvestitionen getätigt werden, die weitere Arbeitslose produzieren. Finanziert wird das alles von den Betroffenen, den Arbeitern und Angestellten.

Diese Politik hat Tradition: während die Arbeitslosigkeit anstieg, die sozialen Leistungen abgebaut wurden usw., wurden in den letzten 15 Jahren von der SPD/FDP-Regierung (laut "stern" 7/81) den Kapitalisten runde 100 Milliarden DM in Form von "Konjunkturprogrammen" geschenkt. So funktioniert sozialdemokratische Wirtschaftspolitik.

Ist der Ruf erst ruiniert, kürzt man gänzlich ungeniert - nach diesem Motto werden von den Parteien bereits die nächsten "Sozialopfer", die die Bevölkerung den Interessen des Kapitals bringen soll, diskutiert:

- eine Kürzung des Arbeitslosengeldes von 68% auf 63% ist angepeilt;
- jede/r Arbeitslose soll zukünftig in eine von fünf Berufsklassen eingeteilt und automatisch in eine beruflich minderqualifizierte abgestuft werden, wenn er nicht innerhalb von 4 Monaten in seinem Beruf vermittelt wurde;
- die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall soll durch die Einführung sog. Karenztage (an denen nichts gezahlt wird) durchlöchert werden.

Um eine Begründung für diese Maßnahmen ist man nie verlegen: beliebt sind in der letzten Zeit überraschend auftretende Haushalts"löcher", die natürlich nur aus dem Sozialetat gestopft werden können; herhalten müssen auch Arbeiter und Angestellte, die mit der Lohnfortzahlung "Mißbrauch" treiben (d.h. zum Arzt gehen,anstatt sich krank zur Arbeit zu schleppen) oder die Arbeitslosen, die sich bekanntlich - wie früher die Studenten - auf Kosten des Staates einen faulen Lenz machen. Klar, daß da die Sozialdemokratie mit ihrem Gespür für das sozial "Ungerechte" nicht tatenlos zugucken kann...

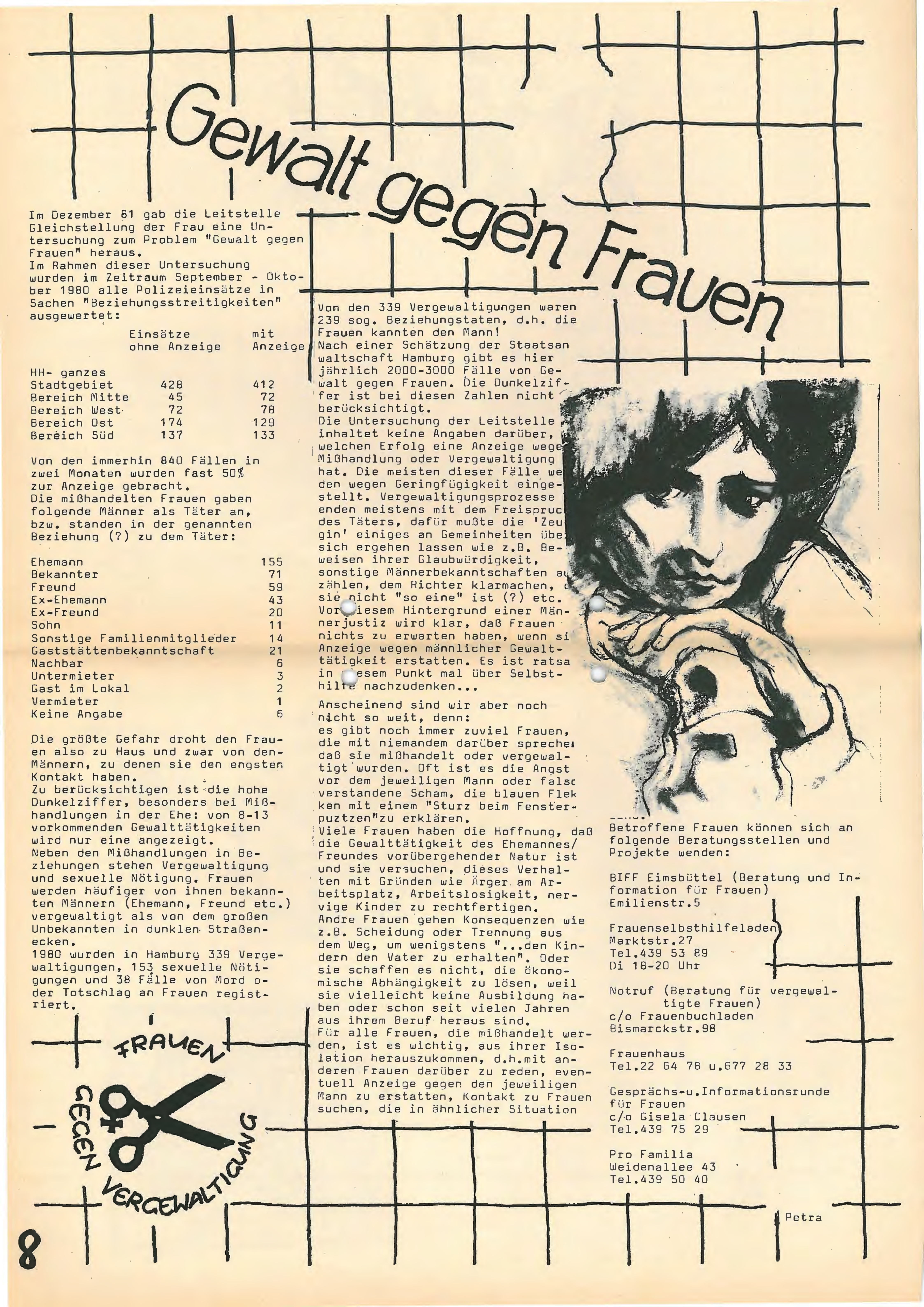
Wenigstens einen kleinen Lichtblick für die Masse der Arbeiter und Angestellten kann man leider auch nicht aus den jetzt laufenden Tarifrunden erhoffen. Unter der verlogenen Parole "Solidarität mit den Arbeitslosen" (als wenn die dann mehr Arbeitslosengeld bekämen!) wird offen erklärt, daß "diesmal" kein Ausgleich der Preissteigerungen drin ist; der Reallohn, der schon in den letzten Jahren zurückging, soll weiter gesenkt werden.
Die Gewerkschaftsführer, die ja bekanntlich über weitaus bessere Verdienstmöglichkeiten als die Gewerkschaftsmitglieder verfügen, machen diese Politik mit. Ohne sich um die finanzielle Situation der Arbeiter zu kümmern, die ein paar Mark Reallohnsteigerung gut brauchen könnten, sorgen sie sich mehr um das Wohlergehen der Wirtschaft und erklären sich zu "Dingen bereit, die den Gewerkschaften (d.h.natürlich den Mitgliedern) wehtun" - so der DGB-Vorsitzende Vetter (Süddeutsche Zeitung,9.11.81).
Der Abschluß der ÖTV-Hafen (4,8%), der weit unter der offiziellen Inflationsrate (5,6%) liegt, läßt nichts Gutes erwarten. Und was muß da erst bei der IG Chemie und IG Nahrungsmittel/Genuß herauskommen, die erst gar keine Forderung aufgestellt haben!
Ein Stillhalten der Arbeiter und Angestellten beim Reallohnabbau oder beimAbbau der sozialen Leistungen hat mit einer wirklichen Solidarität mit den wirtschaftlich noch schlechter gestellten (den Arbeitslosen usw.) nicht das geringste zu tun. Denn das demagogische Schlagwort vom notwendigen "Sozialopfer" der "Arbeitsplatzbesitzer" mit den Arbeitslosen oder schlechter Verdienenden dient nur dazu, die Masse der Bevölkerung auf das selbe elende Niveau des Lebensstandards zu bringen.

Autonome Gruppe Schanzenviertel

Die kühnsten Träume der Hausbesitzermafia hat die Regierung mit der sog. Liberalisierung des Mietenrechts erfüllt.
Zusätzliche Milliardenprofite sind den Vermietern gewiss.
Denn die Mietexperten von SPD und FDP haben endlich erkannt; warum kaum noch neue Wohnungen gebaut werden: der Mieterschutz, vor allem bei Kündigungen und Mietpreisregelungen, sei derartig ausgewuchert, daß heute kein Kapitalist sein Kapital gewinnbringend in der Wohnungswirtschaft investieren könne; ja letztlich seien es die Mieter, die den Hausbesitzer ausquetschten.
Das glaubt zwar kein Schwein, aber die radikale Änderung des Mietrechtes zugunsten der Hausbesitzer kann man ja dennoch beschließen.
Im einzelnen:
- im Mietenspiegel werden im Gegensatz zu früher nur noch fünf Jahre alte Mietverträge berücksichtigt; nicht mehr die Durchschnittsmiete, sondern die Höchstmiete ist zukünftig der Ver- [illegible]
- bei Neu-und Altbauten wird die Staffelmiete eingeführt, d.h. schon bei Abschluß des Mietvertrages werden zukünftige Preiserhöhungen vertraglich vereinbart;
- Zeitmietverträge für maximal drei Jahre werden eingeführt. Das mindert zwar in keiner Weise die Wohnungsnot. Selbst der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD meinte, "die Lockerung des Mietrechtes zöge keine Bauinvestitionen nach sich, sondern diene den Interessen der Versicherungswirtschaft" (FAZ,8.8.82).
Die Versicherungen sind die größten Hausbesitzer in der BRD. Deren Interesse besteht aber allein in der rücksichtslosen Ausquetschung der Mieter, und das kann jetzt ungeahnte Ausmaße annehmen.
Der "Deutsche Mieterbund" rechnet innerhalb der nächsten drei Jahre mit Kostensteigerungen für Wohnungen bis zu 30% (Die Neue, 12.2.82). Steigen die Mieten, und das ist eher zu niedrig als zu hoch angesetzt, um eine DM pro qm, so bedeutet das jährlich eine zusätzliche Einnahme von 14 Milliarden DM für die Hausbesitzer (Spiegel, 7/82). Der Mieterbund rechnet sogar mit weitaus höheren Steigerungen.
Wen wundert's da, daß die Hausbesitzer jetzt - da sie voll Oberwasser bekommen haben - das Maul nicht voll genug kriegen können: für die 4 Millionen Sozialwohnungen fordern sie darüberhinaus eine höhere "Instandhaltungspauschale" von bis zu einer DM pro qm...
(Franfurter Rundschau,10.2.82)



„Mann, dann müssen Sie halt wieder in die Baracke zurück, wenn Sie die Miete nicht zahlen können"



Gewalt gegen Frauen

Im Dezember 81 gab die Leitstelle Gleichstellung der Frau eine Untersuchung zum Problem "Gewalt gegen Frauen" heraus.
Im Rahmen dieser Untersuchung wurden im Zeitraum September - Oktober 1980 alle Polizeieinsätze in Sachen "Beziehungsstreitigkeiten" ausgewertet:

	Einsätze ohne Anzeige	mit Anzeige
HH- ganzes Stadtgebiet	428	412
Bereich Mitte	45	72
Bereich West	72	78
Bereich Ost	174	129
Bereich Süd	137	133

Von den immerhin 840 Fällen in zwei Monaten wurden fast 50% zur Anzeige gebracht.
Die mißhandelten Frauen gaben folgende Männer als Täter an, bzw. standen in der genannten Beziehung (?) zu dem Täter:

Ehemann	155
Bekannter	71
Freund	59
Ex-Ehemann	43
Ex-Freund	20
Sohn	11
Sonstige Familienmitglieder	14
Gaststättenbekanntschaft	21
Nachbar	6
Untermieter	3
Gast im Lokal	2
Vermieter	1
Keine Angabe	6

Die größte Gefahr droht den Frauen also zu Haus und zwar von den Männern, zu denen sie den engsten Kontakt haben.
Zu berücksichtigen ist die hohe Dunkelziffer, besonders bei Mißhandlungen in der Ehe: von 8-13 vorkommenden Gewalttätigkeiten wird nur eine angezeigt.
Neben den Mißhandlungen in Beziehungen stehen Vergewaltigung und sexuelle Nötigung. Frauen werden häufiger von ihnen bekannten Männern (Ehemann, Freund etc.) vergewaltigt als von dem großen Unbekannten in dunklen Straßenecken.
1980 wurden in Hamburg 339 Vergewaltigungen, 153 sexuelle Nötigungen und 38 Fälle von Mord oder Totschlag an Frauen registriert.

Von den 339 Vergewaltigungen waren 239 sog. Beziehungstaten, d.h. die Frauen kannten den Mann!
Nach einer Schätzung der Staatsanwaltschaft Hamburg gibt es hier jährlich 2000-3000 Fälle von Gewalt gegen Frauen. Die Dunkelziffer ist bei diesen Zahlen nicht berücksichtigt.
Die Untersuchung der Leitstelle inhaltet keine Angaben darüber, welchen Erfolg eine Anzeige wege Mißhandlung oder Vergewaltigung hat. Die meisten dieser Fälle we den wegen Geringfügigkeit eingestellt. Vergewaltigungsprozesse enden meistens mit dem Freispruc des Täters, dafür mußte die 'Zeu gin' einiges an Gemeinheiten übe sich ergehen lassen wie z.B. Beweisen ihrer Glaubwürdigkeit, sonstige Männerbekanntschaften au zählen, dem Richter klarmachen, d sie nicht "so eine" ist (?) etc.
Vor iesem Hintergrund einer Männerjustiz wird klar, daß Frauen nichts zu erwarten haben, wenn si Anzeige wegen männlicher Gewalttätigkeit erstatten. Es ist ratsa in esem Punkt mal über Selbsthilfe nachzudenken...

Anscheinend sind wir aber noch nicht so weit, denn:
es gibt noch immer zuviel Frauen, die mit niemandem darüber sprechen daß sie mißhandelt oder vergewaltigt wurden. Oft ist es die Angst vor dem jeweiligen Mann oder falsc verstandene Scham, die blauen Flekken mit einem "Sturz beim Fensterputzen"zu erklären.
Viele Frauen haben die Hoffnung, daß die Gewalttätigkeit des Ehemannes/Freundes vorübergehender Natur ist und sie versuchen, dieses Verhalten mit Gründen wie Ärger am Arbeitsplatz, Arbeitslosigkeit, nervige Kinder zu rechtfertigen.
Andre Frauen gehen Konsequenzen wie z.B. Scheidung oder Trennung aus dem Weg, um wenigstens "...den Kindern den Vater zu erhalten". Oder sie schaffen es nicht, die ökonomische Abhängigkeit zu lösen, weil sie vielleicht keine Ausbildung haben oder schon seit vielen Jahren aus ihrem Beruf heraus sind.
Für alle Frauen, die mißhandelt werden, ist es wichtig, aus ihrer Isolation herauszukommen, d.h.mit anderen Frauen darüber zu reden, eventuell Anzeige gegen den jeweiligen Mann zu erstatten, Kontakt zu Frauen suchen, die in ähnlicher Situation sind.

Betroffene Frauen können sich an folgende Beratungsstellen und Projekte wenden:

BIFF Eimsbüttel (Beratung und Information für Frauen)
Emilienstr.5

Frauenselbsthilfeladen
Marktstr.27
Tel.439 53 89
Di 18-20 Uhr

Notruf (Beratung für vergewaltigte Frauen)
c/o Frauenbuchladen
Bismarckstr.98

Frauenhaus
Tel.22 64 78 u.677 28 33

Gesprächs-u.Informationsrunde für Frauen
c/o Gisela Clausen
Tel.439 75 29

Pro Familia
Weidenallee 43
Tel.439 50 40

Petra



am Hamburger Berg

...zum gemütlichen Kaffeetrinken und Klönen...

Für Frauen auf St. Pauli

Die Kaffeeklappe versteht sich als Anlaufstelle für Frauen, die in St.Pauli wohnen oder die im Milieu arbeiten und die vielleicht ihre Isolation durchbrechen wollen durch Kontakte ausserhalb vom Milieu.
Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf praktischer Hilfe: die Frauen in der Kaffeeklappe helfen und unterstützen bei

- Schwierigkeiten mit den Behörden oder Gerichten
- Wohnungssuche
- Erledigen von Schreibarbeiten
- finanziellen Schwierigkeiten
- persönlichen/privaten Problemen
- besonderen Notfällen

Montags findet von 20-22 Uhr regelmäßig eine Rechtsberatung statt. Frauen, die Fragen zum Scheidungsrecht oder sonstigen juristischen Problemen haben, können mit einem Rechtsanwalt sprechen. Diese Beratung ist kostenlos.
Finanziert wird die Kaffeeklappe vom Diakonischen Werk, das zwei Sozialarbeiterinnen bezahlt. Ansonsten ist die Beratungsstelle angewiesen auf Spenden.Wer ein paar Mark über hat und das Projekt unterstützen möchte, kann etwas überweisen auf das Postscheckkonto Hamburg Nr. 1712 - 205.
Das Cafe ist geöffnet von Montag bis Freitag jeweils von 11 bis 16 Uhr.
Telefonisch ist die Kaffeeklappe zu erreichen unter der Nummer 31 64 95 , für alle Frauen, die "nur mal so" anrufen wollen.

Frauentreffen im Schanzenviertel

Am 15.2. hat unser Frauen-Treffen stattgefunden. Dabei ist einiges rausgekommen:
wir waren alle begeistert von der Idee, im Schanzenviertel ein Frauen-Stadtteilzentrum einzurichten. zur Finanzierung werden wir einen Verein gründen, dessen Mitgliederinnen einen festen monatlichen Beitrag zahlen. Die Höhe des Betrags kann jede Frau selbst festsetzen.
Außerdem werden wir über den Verein Gelder bei der Behörde beantragen. Schön wäre es natürlich, so weit wie möglich unabhängig von staatlicher Finanzierung zu sein.



Ein festes Konzept für das Zentrum gibt es noch nicht, aber in der Diskussion darüber zeichneten sich schon verschiedene Ansätze ab: einige Frauen verstehen die Arbeit im Zentrum als eine Sache, die sie in erster Linie für sich machen, z.B. eine Gruppe haben. Andere Frauen möchten Beratung machen und Kontakt herstellen zu Frauen, die nicht schon in Gruppen oder Initiativen im Stadtteil arbeiten.
Einig sind wir uns darin, daß wir mit so einem Zentrum bereits bestehende Aktivitäten in Sachen Frauenarbeit viel besser koordinieren könnten. Ein breites Spektrum von Angeboten ziehen wir einer einseitigen Zielsetzung vor.

Im vorläufigen Konzept planen wir z.B. auch die Möglichkeit ein, Lesungen und Ausstellungen mit Fotos, Bildern oder sonstwas von Frauen aus dem Stadtteil zu machen. Das Zentrum soll also nicht nur für feste Gruppen da sein, sondern auch so zum "hinkommen und reingucken".
Die Begeisterung ist da, Arbeitswut ebenfalls - jetzt fehlt uns nur noch ein Laden.
Die Frauen, die mitmachen wollen, die Vorschläge oder Fragen haben, können sich wenden an
Petra 43 00 314 oder
Danny 439 75 98

Unser offizielles Gründungstreffen mit großartigem Satzungs-Beschluß (naja..) findet statt am
10.03.82, 19 Uhr
bei Nicole, Lerchenstr.73

Alle Frauen aus dem Schanzenviertel, die mitplanen möchten, sind herzlich eingeladen.

Petra



Gesprächs-Kreis für Frauen im Schanzenviertel

Viele Frauen im Schanzenviertel müssen mit den verschiedensten Problemen und Belastungen fertigwerden, z.B. Ärger mit den Behörden, steigende Lebenshaltungskosten, Einsamkeit, zuviel Arbeit, Schwierigkeiten mit Mann und Kindern, Renovierungslärm und -dreck in der Wohnung, Angst vor der Zukunft (Kriegsgefahr) .....
Unser Kurs bietet eine Möglichkeit, andere Frauen aus dem Viertel kennenzulernen, miteinander ins Gespräch zu kommen und auch mal was zusammen zu unternehmen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß eine solche Gruppe den einzelnen Frauen Kraft und Ideen geben kann für die Bewältigung und Veränderung ihres Alltags.
Wir sind berufstätige Frauen, Arbeitslose, Verheiratete, Alleinstehende, Mütter und Nichtmütter.

Wo? Wann? Mittwochs, 17 - 19 Uhr
(Für Kinder ist ein Extra-Raum und eine Betreuerin da)
Staddteilbüro Margaretenstr. 30,Keller

Informationen bei: Katja Leyrer
43 83 92

♀



Frauenfilm

Diesen Monat gibt es "Was denken Sie von mir?", eine Dokumentation von Cornelia Schlingmann. U.a. geben fünf Prostituierte Interviews.
18.3., 20 Uhr
Bartelsstr.7

HAMBURGER PISTE

Im Hamburger StadtMagazin stand im Februar 82 über "unsere" Großkneipe (Zitat):

Picken Pack abwärts



Die Zeiten, in denen man das Bierhaus am Schulterblatt ansteuerte, um tagsüber oder in den frühen Abendstunden (bevor die durstige Balz-Meute eintrifft) ein gutes, deftiges Essen zu genießen, sind leider vorbei. Ehemals leckeres Bauernfrühstück, pfundschwere Kotletts und selbstgemachte (Nudel) - Salate fielen Rationalisierungsmaßnahmen zum Opfer. Retorten-Bratkartoffeln, dick paniertes Fleisch und alles mögliche aus dem Mikrowellen-Aggregat sind ein ärgerlicher Ersatz. Zu allem Überfluß wurde die Karte zum Jahreswechsel auch noch bis auf's Nötigste (profitabelste?) zusammengestrichen.

In der Märznummer schreibt dann Sabine Goertz-Ulrich (Zitat):

Die neue Meile: Eimsbüttel

In Eimsbüttel tut sich was. Rund um den Neuen Pferdemarkt, am Schulterblatt, in der Schanzenstraße entstanden viele Kneipen, Restaurants und Discotheken.

Mittelpunkt der Gegend ist das „PICKENPACK". Allen Unkenrufen zum Trotz ist es gastronomisch wieder Spitze. Es ist Hamburgs älteste, größte und zugleich schönste Bierkneipe. Ab 11 Uhr morgens kann man wieder hervorragend essen und frühstücken. Zu zivilen Preisen gibt es alles — von der Lammkeule bis zum Bauernfrühstück —. Abends ist „der Bär" los. Nicht die Schickeria kommt hierher. Dafür viele nette Laute zum Trinken (fünf verschiedene Biere vom Faß!), Essen und Tanzen in der abgeteilten Disco.

Tja, liebe Sabine! Dein Bankkonto hat Dir wohl den Blick für die Realitäten erst richtig geöffnet. Ein derartig gründlich recherchierter Artikel sollte Dir eigentlich einen guten Abgang aus dem Oxmox Verschaffen.
Das, was Du über die Taverna Romana geschrieben hast, ist o.k., aber daß der Neue Pferdemarkt in Eimsbüttel liegt, oh Sabine.
Du schreibst, wenn auch versteckt, daß das Pickenpack out ist, - "die Schickeria kommt nicht mehr"-; es stimmt, die Zahl der Besucher ist stark zurückgegangen und der Schlaf der Einwohner ist besser geworden, doch: wo hast Du die netten jungen Leute gesehen?

Ach Sabine, bleib in Zukunft doch lieber dem Schanzenviertel fern.

die Redaktion

IDIOX fragt:

Ist das UDO, der Pickenpack-Wirt, der nach Gästen dürstet ?



Kurz vor Schluß....

Kurz vor Redaktionsschluß hatten wir die Gelegenheit, in die neue "Szene" hineinzuschauen. Was fanden wir? Ein Artikelchen über die neu eröffnete militaristen Disco "Rock-Bomber".
Nachdem der Schreiber des Artikels aus seinem geistreichen Köpfchen eine "Bürgerinitiative gegen Picken-Pack und Rock-Bomber" gezaubert hat, stellt er unter unserem beifälligen Grinsen fest, daß am Eröffnungstag anscheinend einige beherzte Leute die Klos mit Gips und die anderen Räume mit Buttersäure bearbeitet haben.
Im weiteren offenbart dann der Artikel, wes Geisteshaltung die Besitzer des "Rock-Bombers" sind.

Für sie sind die Initiativler „Schwule und frustrierte Frauen", die ihnen und ihrem Publikum den „Club der guten Laune" vermiesen wollen.

Eigentlich hört Mensch derartige Litaneien ausschließlich aus den reaktionärsten Kreisen hier im Lande, für die jeder, der aktiv für seine Interessen eintritt, ein schwuler Terrorist, eine frustrierte Emanze oder ein Vorzeige-Bürger ist. Die Meinung dieser Herschaften spiegelt ihre Interessenlage bestens wieder.
In einem Punkt haben diese Herschaften allerdings Recht.Wir halten es für richtig, wenn solchen Leuten mit einer annähernd faschistischen Geisteshaltung die "Gute Laune" kräftig verdorben wird. Vorallem weil nach zahlreichen Aussagen Zuhälter und Drogen-Szene bereits Einzug gehalten haben.

Fahrrad-Selbsthilfe im März

Wer sein Fahrrad zum Frühjahr überholen oder selber reparieren will und wissen will wie es funktioniert, kann das in der Selbsthilfewerkstatt Holstenstraße 2o1 machen. Für die Selbsthilfe-Kurse sind folgende Termine geplant:
vier Mittwochabende jeweils von 17.3o bis 19.3o am 1o., 17., 24., und 31. März
Vier Tageskurse am Sonnabend den 6., 13., 2o., und 27. März,von 1o bis 17 Uhr . Mittags wird gekocht.
Unkostenbeitrag: pro Abend etwa 1o DM, pro Tag zwischen 2o und 3o Mark, je nach Teilnehmerzahl.
Rechtzeitig anmelden unter den Telefonnummern:
38 37 74 (Jürgen) oder
38o 91 81

Abenteuerspielplatz in der Bartelsstrasse ?



Endlich ist es da, das lange gesuchte Gelände für einen Aktiv-(Bau-,Abenteuer-) Spielplatz: der Bereich zwischen Bartelsstr., S-Bahn-Trasse, Schulterblatt und Altonaer Str., dort, wo vorher Garagen und Autowerkstätten standen.

Seit Ende letzten Jahres steht die Fläche leer. Wie attraktiv das für ein "Erwachsenen-Auge" eher trostlose Gelände für Kinder ist,sehen wir bereits heute: fast täglich gehen Kinder unserer Initiative zum Spielen dorthin.
Was gibt's denn da zu spielen?
Weder sind dort Schaukeln, noch Rutschen, noch Klettergerüste...
Wer so denkt, der sollte sich mal die Mühe machen, die Kinder genauer zu beobachten - und zwar nicht nur unter dem Gesichtspunkt, wie schmutzig sie sich dort machen...
Da sind erstmal jede Menge Steine, da sind alte Werkzeuge, Reste von Fahrzeugen, Holz und bei Regen auch entzückende Pfützen.
Wo findet man sowas heute noch?
Man kann Feuer machen, Holz zerkleinern usw. Damit soll nicht gesagt werden, daß man nicht noch mehr gebrauchen könnte. Vielleicht ein altes Auto? Vielleicht mehr oder besseres Holz? Ein paar Erdarbeitswerkzeuge? Dann wäre das schon fast ein Aktivspielplatz, wenn man mal von der für die Behörde zu teuren Betreuung absieht. Für die Kinder wäre das eine echte Bereicherung der ansonsten ziemlich traurigen Spielmöglichkeiten.
Für die Anwohner ist die Lärmbelästigung durch die (in Zukunft wohl in beideh Richtungen befahrene) Altonaer Str. und die S-Bahn schon so groß, daß ein Spielplatz dort nicht sehr ins Gewicht fiele. Außerdem könnte man ja wieder Büsche und Bäume rund um den Platz (und natürlich auch drauf) pflanzen.
Aber das alles wird wohl ein Traum bleiben. Wie uns die Eimsbüttler Sanierungsbeauftragte mitteilte, ist das Bebauungsverfahren durch den Rücktritt des ursprünglich vorgesehenen Bauträgers nur unterbrochen worden. D.h. die Nutzung steht erneut zur Diskussion. Aber es wird -ihrer Meinung nach-wohl auf die Nutzung durch einen Gewerbehof rauslaufen.
Trotzdem sollten wir versuchen, die Interessen der Kinder geltend zu machen. Demnächst finden im Rahmen des Bebauungsverfahrens öffentliche Veranstaltungen statt. Wir sollten sie nutzen!

Helmuth aus der Kinderstube Altona, die dem Viertel nun wohl doch erhalten bleibt.



der Buchtip

WER BEKOMMT DAS OPPOSSUM?

Märchen und Geschichten der amerikanischen Neger Zusammengetragen und neu erzählt von Frederik Hetmann

Beltz Verlag 1981 Preis 12,80 ab ca.8 Jahren

Diese Geschichten sind sehr gut geeignet mit Kindern über die Situation der Schwarzen in Amerika und anderswo zu sprechen.
Frederik Hetmann sagt in seinem Nachwort zu diesem Buch:(Auszüge)
Die meisten Kinder ,die dieses Buch gelesen haben,werden wissen,daß Menschen mit schwarzer Hautfarbe in den USA gegenüber den Weißen immer noch benachteiligt sind.
Schwarze Kinder bekommen häufig nur ungenügend zu essen. Ihre Eltern sind arm und nicht selten arbeitslos;nicht etwa weil sie nicht arbeiten wollen,sondern,weil ihnen aufgrund ihrer Hautfarbe immer noch viele Berufe versperrt sind.
Amerika ist weit und nah zugleich.Weit,wenn wir die Entfernung in Kilometern oder Meilen berechnen.Nahe,wenn wir daran denken,wie viele Dinge, die in Amerika geschehen, indirekt auch Folgen für unser Leben haben.
Ich denke,es leuchtet jedem ein,daß es in dieser Welt niemanden nur allein deswegen schlechter gehen darf,weil seine Hautfarbe nicht weiß ist.
Vielleicht wird manch einer sagen er könne nicht viel tun,um etwas an den Vorurteilen gegenüber Schwarzen zu ändern.Wenn wir vielleicht zunächst für die Schwarzen in den USA wenig tun können,

so können wir sehr wohl etwas dafür tun,dafür zu sorgen,daß unter den Menschen, die wir kennen,in der Klasse, auf dem Spielplatz,Vorurteile abnehmen oder überwunden werden.

SCHWESTER GANS UND BRUDER FUCHS

Schwester Gans schwamm einst auf einem See,und der alte Bruder Fuchs verbarg sich hinter den Weidensträuchern.
Langsam schwamm Schwester GAns gegen das Ufer hin,
Als sie nahe genug herangekommen war,sprang Bruder Fuchs aus seinem Versteck hervor, um sie zu fangen."So,Schwester Gans",sprach er,"jetz hab ich dich.Du bist auf meinem See geschwommen,und das nicht zum ersten Mal.Heute habe ich dich endlich zu fassen gekriegt. Ich werde dir jetzt das Genick umdrehen und dich auffressen."

"Immer langsam Bruder Fuchs", antwortet die Gans,"ich habe doch wohl das gleiche Recht, auf diesem See zu schwimmen, wie du!Falls du das bestreites wollen wir vor Gericht gehen, und dort soll geklärt werden, ob du ein Recht hast mir das Genick umzudrehen und mich aufzufressen."
Und so gingen sie vor Gericht. Aber als sie dort hinkamen, was mußte die Gans da erleben! Der Sheriff war ein Fuchs,der Richter war ein Fuchs,die Staatsanwälte waren Füchse, und die Geschworenen waren auch Füchse.Sie verhörten die Gans,verurteilten sie,ließen sie hinrichten und nagten gemeinsam die Gänseknochen ab.
Nun,Kinder,hört mir gut zu: wenn alle Leute,die man auf den Gerichten antrifft, Füchse sind,und unsereins ist nur eine ganz gewöhnliche Gans,dann braucht ihr keine Gerechtigkeit für einen armen Neger zu erwarten.

FREDERIK HETMANN

Märchen und Geschichten der amerikanischen Neger: Du lernst Die-Wah-Dieh, das Schlaraffenland der Neger, kennen. Es wird vom winzig kleinen Mann erzählt, der endlich merkt, daß es nicht darauf ankommt, ob einer groß und stark ist. Du erfährst, warum manche Menschen dumm sind. In der Geschichte von der Opossum-Jagd gehen die Träumer leer aus. Und als sich Schwester Gans vor dem Gericht (mit lauter Füchsen) über Bruder Fuchs beschwert, ergeht es ihr schlecht. – Warum wohl?

Mit Bildern von Frank Ruprecht

BELTZ & Gelberg

KÄLTERES EIS

Manche Leute sind Narren. Hört die Geschichte an,und da dann urteilt selbst!
Es war einmal ein Neger in einer kleinen Stadt im amerikanischen Süden,der handelte mit Eis,und alle Leute im Ort,ob schwarz oder weiß,kauften bei ihm,denn er war freundlich und hatte gute Ware,Das sah ein weißer Mann,und er sagte:"Ich will auch ein Eisgeschäft aufmachen.Was ein Neger kann, kann ich schon lange!"
Gesagt,getan.Der weiße Mann eröffnete ein Eisgeschäft. Er nahm höhere Preise,und seine Ware war nicht so gut wie die des schwarzen Eishändlers,aber trotzdem, von nun an kauften alle Weißen bei dem weißen Eishändler.
Einmal traf ein kleiner farbiger Junge einen kleinen weißen Jungen.Sie besaßen beide zehn Cent und wollten sich dafür Eis kaufen."Ich gehe zu dem schwarzen Eishändler,da bekomme ich für zehn Cent zwei Kugeln Eis.Bei dem weißen Eishändler gibt es nur eine Kugel",sagte der kleine farbige Junge.
"Schon möglich",meinte der kleine weiße Junge,"aber ich gehe trotzdem zu dem weißen Eishändler,Meine Mutter hat gesagt,sein Eis ist viel kälter als das des schwarzen Eishändlers!"

WARNSTREIKS IM JUGEND- UND SOZIALBEREICH

Aufschrei im Schanzenviertel

denn wir wollen eine menschliche Zukunft

Am Donnerstag, den 25.2.,liefen die Leute in der Susannenstr.und im Schulterblatt nachmittags aus den Läden vor die Tür.Fußgänger wechselten schnell die Straßenseite.Ein ohrenbetäubender Krach kam auf sie zu. Plötzlich war die Straße mit Kindern verstopft. Es wimmelte,lief,rannte alles vorwärts; es wurde gepfiffen, geklappert und getrommelt.Auf Flugblättern war zu lesen: "Warnstreik", ein Transparent verkündete:"Wir sind die Sparobjekte des Schanzenviertels"

Der lange Kinder-Lindwurm schlängelte sich schließlich von der Schanzenstr. aus in den Hinterhof-Spielplatz zwischen Bartelsstr.und Schulterblatt. Dort gab es für die Kinder ein improvisiertes Kinderfest. Die an die 100 Kinder und Erwachsenen waren von der Aktion begeistert, einige Anwohner vom Krach genervt, die meisten haben sich über den Kinder-Auflauf gefreut.

Wozu nun dieser Umzug?

Unsere Aktion gehörte zu den Warnstreik-Maßnahmen, die die "Aufschrei-Initiativen"aus dem Kinder-,Jugend-und Sozialbereichfür die letzten zwei Februar-Wochen geplant hatten. In Altona und Wandsbek haben etwa je ein Dutzend Kinder- und Jugendgruppen ihre Häuser für je eine Woche dicht gemacht und die Hamburger Abenteuer-Spielplätze ihre Tore geschlossen. Dem hatte sich das Kinderzentrum und andere Initiativen aus Eimsbüttel und Harburg angeschlossen.
Wir alle wollten damit der Öffentlichkeit und den Politikern zeigen, was mit den Kindern und Jugendlichen passiert, wenn durch die kommenden Sparmaßnahmen in unserem Arbeitsbereich die Arbeit tatsächlich eingestellt werden muß.Und wir wollen die Gruppen, die die Sparmaßnahmen zuerst trifft, nicht allein lassen:



In Altona muß voraussichtlich eine türkische Kindergruppe (im Nernstweg) im Sommer aufgelöst werden, weil dort die Bezahlung der Erzieherin nicht verlängert werden soll. Dies ist für uns im Kinderzentrum ein besonderer Grund der Mit-Betroffenheit, da wir ebenfalls hauptsächlich ausländische Kinder betreuen!
Die Existens von Abenteuer-Spielplätzen ist akut gefährdet, weil sich die Jugendbehörde in mehreren Fällen weigert, die noch laufenden "Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen" für Erzieher in feste Dauer-Stellen umzuwandeln. Damit würde die 2. Arbeitskraft auf solch einem Spielplatz wegfallen.

Allgemein wehren wir Erzieher und Sozialarbeiter uns gegen den Versuch der Politiker, die geplanten Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Mitarbeiter und der Betroffenen auszutragen.

Dies wird auch bei uns im Bezirk Mitte versucht: schon jetzt hat das Amt für Jugend die Anweisung "von oben", daß für die nächsten Jahre kein Pfennig mehr als bisher in unserem Arbeitsbereich für die Vereine und Initiativen zur Verfügung gestellt werden darf.

Wo bleiben da für uns die Möglichkeiten, im Schanzenviertel einen Abenteuer-Spielplatz für unsere Kinder und Jugendlichen zu erreichen? Oder die Errichtung eines selbstverwalteten "Hauses für Alle?
Uns bleibt dann für unseren Verein die'denkbare' Aufgabe, für uns selbst mehr Geld herauszuholen, was dann der Nachbarinitiative genommen wird.



Und wir befürchten darüber hinaus, daß nach der Hamburger Wahl erst recht überhaupt der Sparstift für den Sozialbereich angesetzt wird!

Dagegen wehren wir uns alle zusammen, deshalb geht der "Aufschrei" in Hamburg um und wird noch einiges von sich hören lassen!



Warnstreik in Altona u. Wandsbek

Die Altonaer und Wandsbeker Initiativen haben vom 15.2.-26.2. jeder Stadtteil jeweils eine Woche gestreikt. Diese Ini's haben endgültig die Schnauze voll. Sie wollen die Sparmaßnahmen im sozialen Bereich nicht hinnehmen, denn sie machen ihre pädagogische Arbeit noch unmöglicher bzw. bringen sie zum Scheitern. Das betrifft z.B. den Aktivspielplatz Osdorfer Born. ganz konkret. Eine von den zwei vorhandenen Stellen wird nicht mehr weiterfinanziert. Die dort anfallende Arbeit ist von einer Arbeitskraft nicht zu schaffen - also Schließung des Spielplatzes. Und das in einem Wohngebiet, in dem es sehr viele bedürftige Kinder und Jugendliche gibt und sich die Probleme häufen. Und das ist erst der Anfang.

Die Initiativen wollen durch ihren Streik die Bevölkerung über die Sparpolitik des Hamburger Senats informieren und hoffen auf eine breite Unterstützung. 34 Millionen sollen im sozialen Bereich eingespart werden, d.h. konkret:

- Spielplätze können nicht mehr betreut werden,
- Kindergärten sollen teurer werden,
- (ein Jahr aufgeschoben!)
- bei Jugendfreizeiteinrichtungen wird gekürzt,
- Therapiegruppen werden nicht mehr unterstützt,
- die Arbeit mit ausländischen Kindern und Erwachsenen wird erschwert,
- Transportmöglichkeiten und Wohngeldzuschüsse für Behinderte werden gestrichen,
- Telefonhilfe und Pflegepersonal für Alte und Behinderte werden gekürzt bzw. gestrichen,
- beim Bezirksamt Altona werden 138 freiwerdende Planstellen nicht mehr neu besetzt,
- Beratung und Hausbesuch durch die Fürsorge fallen flach
- in Schulen werden die Mittel für Neigungskurse, Förder- und Teilungsstunden gestrichen,
- die Lehr- und Lernmittel werden um 20% gekürzt, d.h. die Eltern werden bei Schulbüchern zur Kasse gebeten.

In all diesen Einrichtungen werden

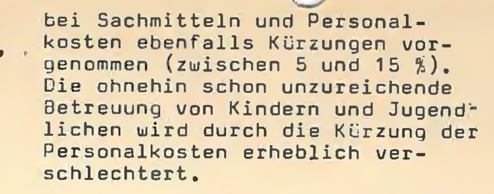


bei Sachmitteln und Personalkosten ebenfalls Kürzungen vorgenommen (zwischen 5 und 15 %). Die ohnehin schon unzureichende Betreuung von Kindern und Jugendlichen wird durch die Kürzung der Personalkosten erheblich verschlechtert.

Was für verheerende Folgen haben diese Sparmaßnahmen?

- KTH's und Freizeitstätten
- Kindertagesheime und Freizeitstätten werden mehr und mehr als Aufbewahrungsorte festgeschrieben.
- Die Probleme der Bedürftigen können nicht mehr geklärt bzw. aufgearbeitet werden. Das hat zur Folge, daß Vollheimeinweisungen und die Kriminalisierung von Jugendlichen beschleunigt werden.
- Die Telefonhilfen-Sperre für alte Menschen bedeutet eine Verschärfung ihrer Isolation. Sie werden damit noch mehr ins Abseits gedrängt, ihre Lebenskraft wird also noch schneller zerstört, sodaß sie noch eher nach Erreichung des Rentenalters in Anstalten abgeschoben werden können.
- Das Wohngeld für Behindertenwohnungen und die Unterstützung für Familien, die einen behinderten Angehörigen in ihrer Wohngemeinschaft haben, sollen wegfallen. Das bedeutet für diese Menschen nicht wie überall propagiert wird Integration der Behinderten, sondern ihr Ausschluß aus der Gesellschaft.
- Bei den Sozialhilfempfängern werden Weihnachtsgelder, Bekleidungsgelder etc. gekürzt oder gestrichen. Das bedeutet für diese Leute, die jetzt schon haarscharf am Rande des Existenzminimums leben, verstärkter Drogenkonsum (Tabletten, Alkohol etc.) oder Beginn oder Verfestigung einer kriminellen 'Karriere'. Diese Art zu

Diese Art zu planen und damit die Zerstörung des Lebens verschiedener Bevölkerungsgruppen kann nicht länger hingenommen werden. Immer wieder sind es die sozial Schwachen, denen es an den Kragen geht, während wahnsinnige Summen in die Bundeswehr, Polizeiaufrüstung, Industrieerweiterung, Prunkbauten



etc. gesteckt werden. Außerdem soll die 'soziale Arbeit' in Zukunft immer mehr von Polizei und Justiz übernommen werden. Sonst ist für soziale Einrichtungen kein Geld da, aber komischerweise für 60 höchst unerwünschte Jugendpolizisten, die natürlich dem Kontrollanspruch des Staates eher gerecht werden.als Sozialarbeiter und Erzieher.
Um ein umfangreicheres Bild von der Bezuschussung durch den Hamburger Senat zu geben, hier ein paar Zahlen:

- Ausbau und Modernisierung des Messegeländes: 15 982 000 DM,
- Landesamt für Verfassungsschutz: 3 657 000 DM,
- Ersatzbeschaffung von Pistolen und Gewehren: 1 000 000 DM,
- Zuschüsse an die Träger der Hamburg-Werbung zur Durchführung von Werbemaßnahmen: 14 074 000 DM,
- Hafenerweiterungsgebiet Altenwerder: 750 000 DM,
- Hafenerweiterung Moorburg: 1 500 000 DM.

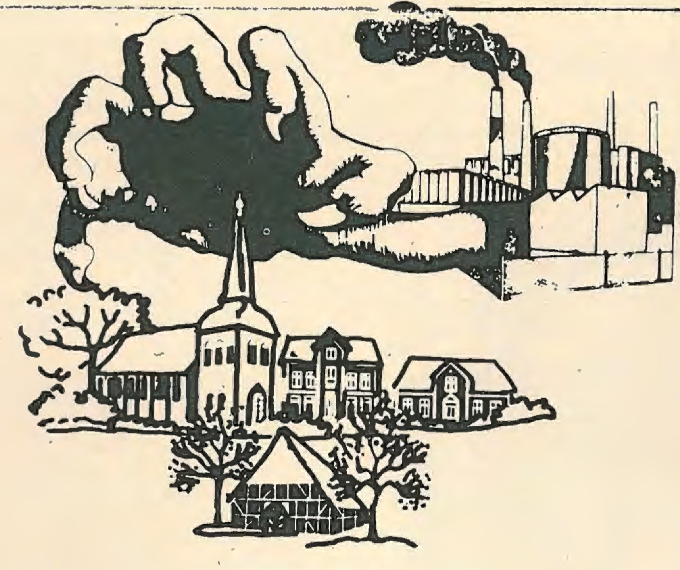
...

DAS IST WAHNSINN !!!!!!!!!!!!!!!!!

Aus Opposition gegen diese Politik hatte sich im letzten Jahr das AUFSCHREI-Bündnis gegründet, um sich gegen diese Sparmaßnahmen zu wehren. Es sind viele Aktionen (Infostände, Agitation in staatlichen und kirchlichen Einrichtungen, Laternenumzüge, Demonstrationen und Gespräche mit Politikern) dazu gelaufen.
Ergebnis dieser Aktivitäten war das vorläufige Zurücknehmen (wie wird es n a c h der Bürgerschaftswahl aussehen?) einiger Sparmaßnahmen im Kindertagesheimbereich. Das erscheint heute nur als ein Versuch, diesen Bereich zu beruhigen. Tatsächlich wurde damit erreicht, daß sich das Bündnis spaltete.
Die Initiativen lassen sich aber nicht verschaukeln und machen weiter. Von daher war der Warnstreik in Altona und Wandsbek nur der Anfang. Es muß und es wird sich noch einiges tun.

HÄNDE WEG VON MOORBURG

Die Bürgerschaft hat die Räumung von Moorburg und Francop-Ost beschlossen. Damit hat jeder Bürgerschaftsabgeordnete über die Vertreibung von 1.300 Menschen, der Zerstörung von zwei Elbdörfern an der Süderelbe und gewachsenen Dorfgemeinschaften zugestimmt.
Die Räumung und der Abriß der Dörfer werden begründet mit ökonomischem Wachstum, der eine Hafenerweiterung gebieten würde.
Bis heute ist man den Moorburger Bürgern auch nur den Ansatz eines Versuches schuldig geblieben, die Richtigkeit dieser Argumentation darzulegen.
Sieht man zum einen die fadenscheinige Argumentation des Hamburger Senats und zum anderen die aktuellen Probleme des Amtes für Strom- und Hafenbau, den Spülschlick loszuwerden, drängt sich der Verdacht auf, daß Moorburg lediglich in ein Spülfeld verwandelt werden soll.



Moorburg also als Giftmülldeponie!
Der um sich greifenden Umweltbelastung im Süderelberaum wird damit weiter Vorschub geleistet; denn die Spülfelder beeinträchtigen das Kleinklima der Obstplantagen, überlagern unwiederbringlich fruchtbarsten Marschboden und verseuchen durch Auswaschung von Schwermetallen das Grundwasser.Das Planungsgebiet befindet sich im Trinkwasserschongebiet. Die Trinkwasserversorgung Hamburgs wird schon bald vor großen Problemen stehen, auch die Grundwasserentnahme aus der Heide kann dieses Problem nicht lösen.
Die zu erwartende Industrie würde zu einer unverantwortlichen Steigerung der Umweltbelastung führen, die besonders auch die in der Hauptwindrichtung liegenden innerstädtischen Bereiche Hamburgs schwer beträfen.

Veranstaltung

Am 17.3. um 20.oo Uhr
im Buntbuch Verlag
Bartelsstraße 30
Hofeingang II.Stock.

Moorburger und viele andere Hamburger haben inzwischen eine "Moorburg" gekauft, ein Haus, das im Zentrum Moorburgs steht und in dem u.a. eine Informationsstelle eingerichtet werden soll. Der Kaufpreis von DM 330.000,-- ist noch nicht voll finanziert. Mehrere hundert Leute haben sich bisher durch Kauf eines Anteilscheines von DM 500,-- am Haus beteiligt. Wir haben uns vorgenommen, auch mindestens einen Anteilschein zu erwerben und wollen die Veranstaltung nutzen, Geld zusammenzubekommen. Dazu werden wir auch eine Versteigerung machen.

Ablauf der Veranstaltung:

Informationen von Moorburgern über Moorburg.
Film und Information zur Unterelbeindustriealisierung.
Außerdem gibt es:
GETRÄNKE, BÜCHERTISCH und eine PLAKETTENMASCHINE mit der sich jede(r) eine oder mehrere Plaketten mit selbstgefertigten Motiven herstellen kann.

Ihr seid alle herzlich eingeladen,
Anti-AKW-Bürgerinitiative
Schanzenviertel

Friedens-Initiative Schanzenviertel

Die Friedens-Ini Schanzenviertel gibt es seit Ende August 1981 und besteht z.Zt. aus ca.20 Leuten. Der größte Teil ist unorganisiert, einige sind bei der DKP, den Autonomen und den Jusos organisiert. Gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Strömungen sind die Grundlage der Initiative.
Wir werden immer gefragt, was wir denn so gemacht haben. Zuerst müssen wir selbstkritisch sagen, daß bisher eine stadtteilbezogene Friedensarbeit zugunsten zentraler Aktionen, wie z.B. die Demo in Bonn und am 5.12. in Hamburg, in den Hintergrund getreten ist. In der Aufbauphase liefen natürlich viele umfangreiche Diskussionen, z.B. zu den Fragen "Atomwaffenfreies Europa", Hamburger Forum - Friedenskoordination, Polen etc.
Die Darstellung nach außen lief über Stäne im Stadtteil, gemeinsame Teilnahme an Demos, Filmveranstaltung.
Inzwischen gibt es ein regelmässiges Treffen aller Eimsbüttler Friedens-Initiativen (ähnlich dem Ini-Treffen im Schanzenviertel), an dem wir auch teilnehmen.

Als Aktivitäten für die nächste Zeit sind z.B. Hausbesuche, Kontaktaufnahme mit den Betrieben im Stadtteil, Friedensarbeit mit Schülern und Lehrern geplant.

Vorrangiges Ziel ist die Verhinderung der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen, weil wir meinen, daß sich die NATO mit der Stationierung die Möglichkeit schafft, einen 3.Weltkrieg zu führen. Keine neuen Atomraketen ist der kleinste gemeinsame Nenner der breiten Friedensbewegung. Doch eine Situation des Nicht-Krieges in Europa können wir nicht als Frieden bezeichnen, wenn wir mitansehen müssen,

- daß in der sog. 3.Welt andauernd Kriege stattfinden und ganze Völker ausgerottet werden,
- daß in Frankfurt im Widerstand gegen die NATO-Startbahn West die Bevölkerung brutal niedergeknüppelt wird, damit die Schnelle Eingreiftruppe (RDF) "unsere Ölinteressen" wahrnehmen kann,
- daß die USA mit einem Rüstungshaushalt ohnegleichen aufrüsten.

Gleichzeitig müssen wir unseren Gürtel enger schnallen. Sozial Schwache müssen wieder herhalten, damit die Rüstung finanziert und den Reichen das Geld in den Arsch gesteckt werden kann. Und dann noch das Argument "Rüstung schafft Arbeitsplätze", dabei ist bekannt, daß mit der gleichen Summe in anderen Bereichen wie z.B.Wohnungsbau mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können. Einsparungen im sozialen Bereich, Massenarbeitslosigkeit und Aufrüstung sind die bekannten Lösungsversuche unseres Wirtschaftssystems in Krisenzeiten.

Also nicht die Bedrohung aus dem Osten ist die wesentliche Ursache der aggressiven Aufrüstung, sondern sie ist unserer Meinung nach ein altbekannter Lösungsversuch (siehe 1.und 2.Weltkrieg) der wirtschaftlichen Krise im Kapitalismus. Diesen Weg der Lösung der Wirtschaftskrise durch Krieg in Europa und der 3.Welt müssen wir mit allen Mitteln verhindern.

Für uns im Stadtteil bedeutet das, die Bewohner des Schanzenviertels zu informieren, mit ihnen über dieses Thema zu diskutieren und gemeinsam andere Vorstellungen von Frieden als die Situation des Nicht-Krieges zu entwickeln. Wir müssen unsere Mitbürger überzeugen, daß es sich lohnt und notwendig ist , massiv widerstand zu leisten, z.B. mit einer Unterschrift unter den Krefelder Appell, Mitarbeit in einer Initiative, Demonstrationen usw.
Nur wenn wir unheimlich viele werden und den HERRschenden zeigen, daß ihnen ein blaues Wunder blüht, wenn sie die US-Mittelstreckenraketen bei uns stationieren, werden wir siegen. - Victory is possible!

Wer uns näher kennenlernen will, sollte spätestens zu unserer Veranstaltung, die am 13.3. in der Margarethenkneipe stattfindet, kommen. Sonst treffen wir uns jeden 2. Donnerstag im "Fettfleck" in der Fettstraße, das nächste Mal am 11.3.82

Friedens-Ini
Schanzenviertel